

Corona und Leviathan - Sperrklinkeneffekt von Krisen

Meinung «In den meisten Ländern der Welt, selbst in Liechtenstein, wächst der Staat seit 100 Jahren tendenziell deutlich stärker als die Wirtschaft. Dies ist etwa ablesbar an der Staatsquote (Staatsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) oder dem Ausmass an Steuern, Gesetzen und Regulierungen», schreibt Michael Wohlgemut. Was dahinter steckt.

Für das Phänomen des langfristigen Wachstums der Macht des Staates gibt es viele Erklärungen. Eine gerade jetzt wieder relevante ist die des amerikanischen Politökonom Robert Higgs. Er zeigt anhand historischer Daten, dass in Krisenzeiten die Macht des Staates, des «Leviathan», oft genug mit guten Gründen ausgeweitet wurde.

Nach Ende einer Krise (Krieg, Naturkatastrohe, Epidemie) wurden erhöhte Steuern, Ausgaben, Schulden, Regulierungen des Staates aber meist nicht mehr auf das Vor-Krisen-Niveau zurückgeführt, selbst wenn die ursprünglich meist guten Gründe für das angeblich vorübergehende Wachstum des Staates nicht mehr gegeben waren.

Es besteht somit eine Art «Sperrklinke»: Im «Ausnahmestand» gewinnt der Staat an Macht; nach dem Ausnahmestand bleibt aber das meiste davon erhalten - auf Kosten der Freiheit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Das lässt sich auch anhand des scheinbaren Musterlands der Ordnungspolitik - Deutschland - gut illustrieren.

Oft zitiert ist etwa diese Anekdote: 1902 hatte Kaiser Wilhelm II die Sektsteuer eingeführt, um die Kriegsflotte aufzurüsten. Die Deutschen zahlen sie noch heute. Oder: 1991 wurde, ursprünglich befristet auf ein Jahr, ein Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben, um die deutsche Einheit zu finanzieren. Erst dieses Jahr, 30 Jahre später, wurde diese Zusatzsteuer zumindest für kleine und mittlere persönliche Einkommen erlassen.

In der Zwischenkriegszeit lag die Staatsquote in Deutschland um die 15 Prozent; nach dem Zweiten Weltkrieg war sie um die 30 Prozent; dort blieb sie auch bis zum Ausbruch der Ölkrisen der 1970er-Jahre, wonach sie sich - bis heute - in einer Spanne zwischen 45 und 55 Prozent bewegt.

Nun zur Coronakrise: Letztes Jahr hat weltweit und auch in Deutschland zu einem enormen Anstieg der

Staatsausgaben geführt. Sehr vieles davon war (und bleibt vorerst) auch berechtigt: die Aufrüstung der medizinischen Infrastruktur, die Beschaffung von Impfstoff, aber auch etwa das Kurzarbeitergeld oder Zuschüsse für Unternehmen und Selbstständige, die aufgrund der Massnahmen zur Pandemiebekämpfung weniger oder gar nicht mehr tätig werden durften.

Gleichzeitig fand aber auch keine Priorisierung der Staatsausgaben statt. Alle schon vor der Pandemie geplanten zusätzlichen milliardenschweren «Wohltaten» etwa für Rentner oder Besitzer von Photovoltaikanlagen wurden zusätzlich auch beschlossen.

Eine Staatsaufgabenkritik wurde auch nicht für nötig erachtet, weil ja «genug Geld» vorhanden oder unter minimalsten Zinsen für zusätzliche Verschuldung aufzutreiben sei.

Entsprechend stiegen die deutschen Staatsschulden 2020 von 60 auf 70 Prozent des BIP - in nur einem Jahr!

Und obwohl für 2021 wieder ein recht solides Wachstum der Wirtschaft von etwa 3 Prozent sowie ein weitgehendes Ende der Pandemie erwartet wird: Der Staat und seine Schulden werden weiter wachsen.

Geplant waren für dieses Jahr bereits 180 Milliarden Euro Neuverschuldung; unlängst hat der Finanzminister (und SPD-Kanzlerkandidat) weitere 60 Milliarden Nachtragsverschuldung für 2021 recht elegant durch das Parlament gebracht.

Im Herbst finden Bundestagswahlen statt. Selbst für 2022 könne auch bei anhaltendem Wirtschaftswachstum die Schuldenbremse, die laut Verfassung einen ausgeglichenen Haushalt in normalen Zeiten vorsieht, nicht gehalten werden, sagt die Regierung. Schon heute sind 81 Milliarden zusätzliche Schulden für 2022 geplant.

Ein recht klarer Beleg der «Leviathan»-These.

Die EU hat wegen Corona

Prinzipien über Bord geworfen

Ähnlich sind auf Ebene der EU infolge der Krise Prinzipien über Bord geworfen worden, ohne dass erwartet werden kann, dass diese bei einer Rückkehr zu normalen Zeiten wieder gelten könnten. Wie schon einmal festgehalten (im «Volksblatt» vom 8. Oktober 2020), hat die EU ganze 750 Milliarden Euro zusätzlicher Ausgaben ausserhalb des normalen Budgets beschlossen. Die haben zwar nur sehr wenig mit der akuten Pandemiebekämpfung, aber viel mit dem Wachstum des EU-«Leviathan» zu tun.

Die «Krisen»-Milliarden sollen durch Darlehen mit einer Laufzeit

bis 2058 finanziert und von den Mitgliedstaaten (nach ihrem Anteil am BIP) garantiert und wenn möglich getilgt werden.

Wieweit sich das mit dem EU-Primärrecht verträgt, das recht deutlich vorschreibt, die EU selbst dürfe sich nur aus «Eigenmitteln» ohne eigene Schulden finanzieren, wird derzeit nur Juristen (aber auch das deutsche Verfassungsgericht) interessieren.

Politisch scheint der «power grab» jedenfalls auch auf EU-Ebene im Schatten der Krise recht ungehemmt zu laufen - und danach kaum mehr zurückzunehmen zu sein.

Dabei geht es nicht nur um Geld. Gerade wenn Geld knapp ist, greift der «Leviathan» zu Gesetzen und Regulierungen, die seine Macht vergrössern.

Vieles davon ist in der Krise berechtigt.

Die Frage ist nur: Wird die Freiheit der Bürger auch nach der Krise wieder zumindest auf Vor-Krisen-Niveau zurückgegeben?

Das ist auch eine Frage an die Bürger selbst.

In Deutschland fanden sich laut Meinungsumfragen in den letzten 12 Monaten fast durchweg mehr Bürger, die einen «härteren» Lockdown befürworteten. Das kann man interpretieren als Ausdruck der spezifischen deutschen Neigung zu «Angst» und dem Verlangen nach einem «starken Staat».

Das Verlangen von Bürgern und Politikern nach strengeren («Lockdown») Regeln ist in Zeiten der akuten Krise verständlich.

Das gilt auch aus liberaler Sicht, die unter Bedingungen der Unsicherheit verschiedenste Abwägungen von Gesundheit und Freiheit zulässt.

Bedenklich ist indes das Verständnis von Freiheit als «Privileg», das in Deutschland jüngst wieder aufkam. Anlass war die Frage, ob Menschen, die geimpft und (nach medizinischen Erkenntnissen) keine akute Gefahr für andere mehr sind, auch wieder ihre persönlichen Freiheiten geniessen (etwa: reisen, sich treffen, miteinander arbeiten) dürfen.

Vielerorts wurde eingewandt, dass das nicht sein darf, solange nicht alle (die das wollen) geimpft worden sind.

Wieder könnte der Egalitarismus über den Liberalismus zu triumphieren und damit die Idee, dass Freiheit weniger ein persönliches Recht ist, sondern ein politisch zu gewährendes «Privileg». Bedenklich sind zudem möglicherweise dauerhaft bleibende Konsequenzen für die politische Gewaltenteilung im Land.

Zum einen sind akute Krisen die «Zeit der Exekutive» aus zunächst nachvollziehbaren Gründen. Für parlamentarische oder (wie in Liech-

tenstein oder der Schweiz) gar direkt demokratische Debatte und Entscheidung ist da oft keine Zeit.

In Deutschland war es deshalb die in der Verfassung nicht vorgesehene MPK (das virtuelle Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten und -innen der Bundesländer), die letztlich (mehr oder weniger verbindlich) über die Geltung von Freiheitsrechten der Bürger entschied. Bundestag und Landesparlamente mussten die dann rasch in Gesetze und Verordnungen umsetzen, ohne zuvor beteiligt worden zu sein.

Auch im Ausnahmestand schaden

diese Verfahren oft der Rationalität und Verhältnismässigkeit der Massnahmen. Erst kürzlich musste die in der Nacht beschlossene «Osterruhe» von der Bundeskanzlerin als unpraktikabel wieder zurückgenommen werden; andere Verordnungen wurden von Gerichten nachträglich kassiert.

Zum anderen könnte die Coronakrise auch den deutschen Föderalismus beschädigt haben. Politik, Medien, aber auch ein Grossteil der Bürger sind immer schnell dabei, sich über den «Flickenteppich» unterschiedlicher Massnahmen in



Über den Autor



Prof. Dr. Michael Wohlgemut ist Forschungsbeauftragter der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik (Eschen). Er ist Volkswirt und unterrichtet politische Ökonomie u. a. an der Universität Witten/Herdecke und am CEVRO in Prag.